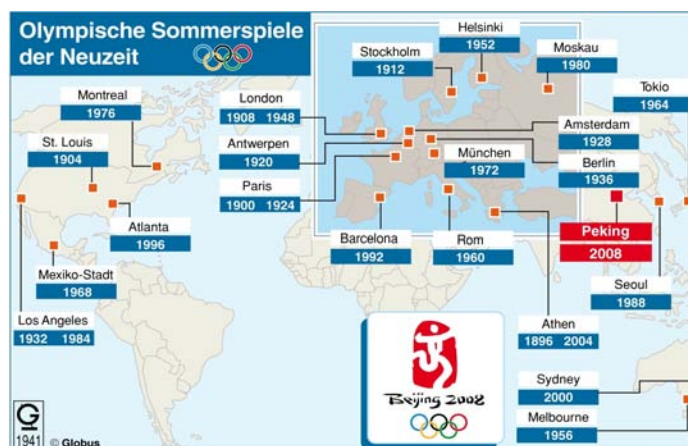


ELMAR BROK:

Die Olympischen Spiele dürfen nicht zu Propaganda-Zwecken missbraucht werden

Der Europaabgeordnete und außenpolitische Koordinator der Europäischen Volkspartei (EVP), Elmar Brok, plädiert im Lichte der „besorgniserregenden Situation in Tibet und angrenzenden chinesischen Provinzen“ dafür, die Olympischen Spiele dauerhaft in ihrem Mutterland Griechenland stattfinden zu lassen. Seit 1936 würden die Spiele immer wieder zu propagandistischen Zwecken missbraucht. „Damit wäre dann ein für alle Mal Schluss“ erklärte der CDU-Politiker, der die systematische Zerstörung der tibetanischen Identität scharf kritisiert.

Ein Boykott der Spiele sei allerdings nicht der richtige



Weg. „Das würde nur zu Lasten der Sportler und des Sports gehen und gegen den Geist der Spiele verstoßen: im friedlichen und fairen Wettkampf Konflikte auszutragen“, so Brok. „Die Anlagen sind

neu und die organisatorische Erfahrung ist frisch. Wenn man den Spielen die Gefahr des schlechten propagandistischen Beigeschmacks nehmen will, muss man sie so schnell wie möglich ins olym-

pische Mutterland zurückholen“, so Brok weiter. Weder politische Propaganda noch Boykottforderungen würden dem Sport gerecht.

Das würde in den Augen des Europaparlamentariers auch der fortschreitenden Kommerzialisierung der Spiele entgegenwirken. „Heute können es sich die wenigsten Länder überhaupt leisten, Olympische Spiele auszutragen und der langfristige finanzielle Nutzen der Spiele wiegt schon lange nicht mehr die immensen Kosten auf“, erklärte Brok. Die Sportverbände müssten die Kraft zu einem solchen Schritt aufbringen, um sich der Politisierung und Kommerzialisierung zu entziehen.

Verbotsverfahren gegen AK-Partei ist keine Lösung

Die einstimmige Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts, ein formelles Verbotsverfahren gegen die regierende AK-Partei einzuleiten, ist auf massive Kritik im Europäischen Parlament gestoßen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Werner Langen**, betonte in Brüssel, dass diese Entscheidung die bestehenden Zweifel an der demokratischen Reife der Türkei untermauere.

Mit dieser Entscheidung werde der AK-Partei eine Gelegenheit geboten, sich als Opfer der laizistischen Staatsverfassung der Türkei zu sehen. Damit gerate die in der Sache durchaus berechtigte Kritik an den islamistischen Tendenzen der türkischen Regierungspartei von Ministerpräsident Erdogan und Staatspräsident Gül völlig in den Hintergrund.

Diese besorgniserregende Entwicklung werde erhebliche Auswirkungen auf die politische Stabilität der Türkei haben. „EU-Erweiterungskommissar Rehn hatte kürzlich erklärt, dass ein Verbotsverfahren gegen die AK-Partei zu einer Überprüfung des Beitrittsprozesses insgesamt führen müsse.

Das Ergebnis dieser Prüfung kann zum Abbruch der Verhandlungen führen, weil mit dem Verbotsverfahren die mangelnde Fähigkeit des politischen Systems der Türkei zur demokratischen Konfliktlösung klar belegt ist“, betonte der Gruppenvorsitzende.

Langen rechnet mit heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen, die die Stabilität der Türkei als Ganzes in Frage stellen könnten.

THOMAS MANN:

Europäisches Parlament kritisiert chinesisches Vorgehen in Tibet

Das Europäische Parlament hat sich im Rahmen einer Sondersitzung mit der Lage in Tibet befasst. Dabei bestand weitgehende Einigkeit zwischen den Fraktionen, dass das gewaltsame Vorgehen der chinesischen Führung in Tibet nicht hinnehmbar ist. Dies stellte der Vorsitzende der Tibet Intergroup des Europäischen Parlaments, Thomas Mann, im Namen der EVP-ED-Fraktion vor dem Plenum fest: „Es ist eine Tatsache, dass China beim Minderheitenschutz und bei den Menschenrechten internationalen Standards nicht genügt. Daran hat leider auch die Vergabe der Olympischen Spiele nach Peking, anders als ursprünglich beabsichtigt, nichts geändert“.

Die internationale Staatengemeinschaft und darunter insbesondere die Europäische Union müssten des-



Thomas Mann MdEP

halb jetzt schnell und vor allem gemeinsam auf die Eskalation in Tibet reagieren und den Druck auf die chinesische Führung aufrechterhalten. „Die zeitnahe Debatte im Europäischen Parlament sendet ein erstes klares Signal an China aus. Wir müssen uns jedoch alle Optionen offen halten, wenn Peking nicht einlenkt und den kulturellen Genozid an den

Tibetern fortsetzen sollte“, betonte der CDU-Europaabgeordnete weiter.

Kulturelle und religiöse Autonomie wieder herstellen

China müsse die kulturelle und religiöse Autonomie Tibets wieder herstellen und den freien Zugang von und nach Tibet einschließlich der Medien gewährleisten sowie seine Propaganda gegen die tibetische Opposition einschließlich des Dalai Lama einstellen. Dazu gehöre ausdrücklich auch eine faire und vor allem umfassende Information der chinesischen Öffentlichkeit, die bisher über die tatsächlichen Ereignisse in Tibet systematisch belogen werde. „Wir haben deshalb die EU-Kommission in einem ersten Schritt ersucht, eine internationale Beobachtermission nach Tibet zu entsenden.

Für den Fall, dass die Zentralregierung in Peking nicht nachgibt, sollten alle weiteren Möglichkeiten geprüft werden, angefangen von Protesten im Rahmen der Olympiade bis hin zu politischen und wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen als letztem Mittel“, so Mann weiter.

Der Vorsitzende der Tibet Intergroup erinnerte zudem daran, dass jeder einzelne Bürger über eine Vielzahl von Möglichkeiten verfüge, durch sein Verhalten gegenüber China Druck auszuüben. Dies reiche von der Abstimmung mit der Fernbedienung bei der Olympiade bis hin zum Boykott chinesischer Produkte. Unerlässlich bleibe aber eine klare politische Position der Europäischen Union. Mann kündigte deshalb die zügige Verabschiedung einer entsprechenden Resolution an, deren Textentwurf er bereits vorbereitet habe.

MARKUS FERBER:

Kein Automatismus bei NATO-Erweiterung Handlungsfähigkeit von EU und NATO bewahren

Vor negativen Folgen einer NATO-Erweiterung auf die Europäische Union hat der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, gewarnt. Stattdessen forderte Ferber vor dem Hintergrund des anstehenden NATO-Gipfels eine „neue Sicherheitsarchitektur“ für Nachbarstaaten der EU sowie den Kaukasus. „Es darf kein Automatismus entstehen, nach dem eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder der NATO für diese Staaten der einzig gangbare Weg ist“.



Markus Ferber MdEP

Vor den erwarteten Fortschrittsberichten der EU-

Kommission über die Europäische Nachbarschaftspolitik sagte Ferber: „Europäische Union und NATO müssen gemeinsam an einer stabilen Zukunft für diese Staaten arbeiten“.

Überdehnung von Nato und EU vermeiden

Dagegen sei die Aufnahme zahlreicher Staaten in die NATO oder die Europäische Union keine Lösung. Ferber: „NATO und EU müssen dauerhaft handlungsfähig blei-

ben. Wir müssen die Nachbarstaaten der EU und den Kaukasus an Europa binden, ohne durch eine Überdehnung der beiden Institutionen an Handlungsfähigkeit zu verlieren“.

Auf dem NATO-Gipfel wollen die Mitgliedstaaten über die Erweiterung des Bündnisses unter anderem um Mazedonien, Georgien und die Ukraine beraten. Zudem will die EU-Kommission ihre Fortschrittsberichte über den Stand der Europäischen Nachbarschaftspolitik vorlegen.

WERNER LANGEN:

Kernenergie ist alternativlos zur Erreichung der Klimaziele

Die jüngste Übereinkunft zwischen Frankreich und Großbritannien über eine enge Zusammenarbeit auf dem Energiesektor hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, als ein klares politisches Signal für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Europa bezeichnet.

Die Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich mache

den Meinungsumschwung zur Kernenergie als Folge der aktuellen Klimadiskussion in ganz Europa deutlich. „Die Er-



Werner Langen MdEP

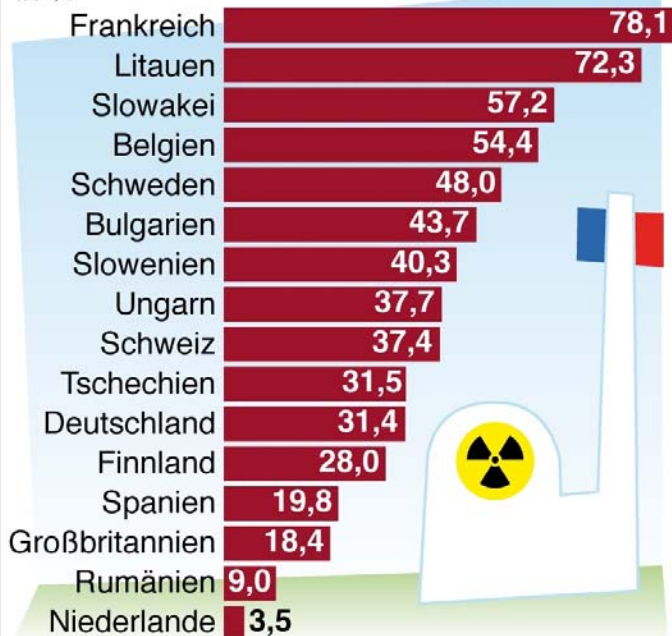
kenntnis, dass die EU-Klimaziele nur unter Einbeziehung der CO₂-freien Stromerzeugung erreicht werden können, ist inzwischen europaweiter Konsens. Deutschland kann es sich deshalb nicht länger leisten, einsam und allein am Atomausstieg festzuhalten, während die Kernenergie überall in Europa ausgebaut werden soll“, betonte Langen. Angesichts weiter steigender

Energiepreise und der wachsenden Gefahr von Versorgungsengpässen könnte ein energiepolitischer Sonderweg sehr teuer für Deutschland werden.

Die englisch-französische Energieallianz habe auch eine ökonomische und technologische Dimension. „Inzwischen ist die frühere Systemführerschaft der deutschen Kerntechnologie aber bereits auf Frankreich übergegangen. Sollte Deutschland am bedingungslosen Atomausstieg wider besseren Wissens festhalten, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis diese technologische Kompetenz der deutschen Industrie vollständig ins Ausland verlagert wird“, so der Gruppenvorsitzende abschließend.

Kernenergie in Europa

Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in %



Quelle: IAEA

Stand 2006

dpa-Grafik 4740

■ EP-Gesundheitsausschuss für hohe Lebensmittelhygiene

Die EU-Standards zur Lebensmittelhygiene werden künftig präziser gefasst sein und Erleichterungen für Kleinbetriebe bringen. Der Umwelt- und Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments hat in erster Lesung eine Vorlage des Lebensmittelexperten des CDU-Europaabgeordneten **Horst Schnellhardt** (CDU) angenommen. Darin ist vorgesehen, dass Lebensmittelunternehmen, deren Produktion nachweisbar kein Risiko für den Verbraucher bedeutet, flexible Hygienemaßnahmen anwenden können. „Wir haben die existierenden Regelungen noch deutlicher gefasst. Das Abstimmungsergebnis hat bewiesen, dass wir machbaren Bürokratieabbau ohne Einbußen bei der Zielsetzung leisten können“, so Schnellhardt.

■ EP-Rechtsausschuss für Reform EU-Unternehmensrecht

Das Unternehmensumfeld in Europa wird weiter verbessert. Der Rechtsausschuss des Europaparlaments hat sich für eine Überarbeitung der EU-Richtlinien zum Gesellschaftsrecht ausgesprochen. Dabei favorisieren die Abgeordneten den Ansatz des Berichterstatters **Klaus-Heiner Lehne** (CDU). „Wir haben klar gemacht, dass eine Streichung einzelner Richtlinien nicht der Königsweg ist. Vielmehr müssen die bestehenden Vorschriften dort überarbeitet werden, wo eine Modernisierung notwendig ist, um die Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete, der auch rechtspolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion ist. „Bürokratie kann an den neuralgischen Stellen abgebaut werden. Ich denke dabei besonders an Erleichterungen im Bereich Rechnungslegung für kleinere Unternehmen. Eine komplette Streichung einzelner Richtlinien dagegen würde den Binnenmarkt wieder zurückdrehen. Mit dem heutigen Votum ist die Kommission aufgefordert, Vorschläge für eine Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts vorzulegen“, so Lehne.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →